

Rote Krähe



MEHR ZEIT UND GELD ZUM LEBEN!

**FÜR GUTE
UND GE-
RECHTE
ARBEIT IN
EUROPA!**

Der reichste Mann der Welt heißt Jeff Bezos und ist der Besitzer von Amazon. Seine Beschäftigten hingegen kämpfen weltweit dafür, während der Arbeitszeit auf's Klo gehen zu dürfen und von ihrem Lohn auch leben zu können. Die Profite der großen Konzerne, der Superreichen und Finanzinvestoren wachsen und wachsen. Gleichzeitig haben es Millionen von Menschen in Europa schwer, mit ihrem Lohn über die Runden zu kommen. Geschwächte Tarifverträge, ein riesiger Niedriglohnsektor und ein viel zu geringer Mindestlohn sind mit die Gründe dafür. In ganz Europa verschlimmern sich die Arbeitsbedingungen, die Menschen finden immer weniger Arbeit oder arbeiten in schlecht bezahlten Mini-Jobs, die zu Altersarmut führen.

Im Namen der wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit stellt die EU die Freiheit der Unternehmen über die sozialen Rechte der Beschäftigten. Tarif- und Sozialstandards werden abgesenkt, mit tatkräftiger Unterstützung „unserer“ Bundesregierung. Die deutsche Niedriglohnpolitik hat Lohndumping in unseren Nachbarländern zur Folge, drastische Lohnunterschiede in den Mitgliedstaaten stehen dem Ziel der gleichwertigen Lebensbedingungen in der EU entgegen.

GANZ VIEL GELD ...

... könnte in Krefelds Kassen gespült werden. WENN denn der Zweckverband der Krefelder Sparkasse und die Politik sich für eine jährliche Gewinn-Ausschüttung aussprechen würden.

Seite 5

DROGENKONSUMRAUM

Was die Caritas in Krefeld für Luxus hält, hält die Caritas in München für überlebenswichtig: Drogenkonsumräume würden die Zahl der Drogentoten reduzieren – auch in Krefeld.

Seite 4

FRIDAYS FOR FUTURE

Auch die Greta Thunbergs der Krefelder Schulen gehen freitags auf die Straße: Anmahnen, was die Politik vergisst: Die Rettung unseres Planeten! Statements aus Schüler- und Lehrersicht.

Seite 6 und 7

GRÜNER ALS GRÜNE

Der BUND hat umweltpolitische Standpunkte der Parteien unter die Lupe genommen. DIE LINKE. schneidet am besten ab. Eine Grafik schafft Klarheit.

Seite 3

LEBEN AM RAND

Gentrifizierung und Mietenwahnsinn verdrängen immer mehr Menschen an den Rand - gesellschaftlich und räumlich. Eine Situationsbeschreibung.

Seite 8

DIE LINKE. will Arbeit mit Zukunftsperspektiven schaffen:

- ▶ **Verbindliche Mindestlöhne, die zum Leben und für eine armuts-feste Rente reichen**
- ▶ **Flächendeckende und verbindliche Tarifverträge in allen Mitgliedsstaaten**
- ▶ **Lohndumping durch Leiharbeit, Werkverträge und Auslagerungen stoppen, gleicher Lohn für gleiche Arbeit !**
- ▶ **Eine Obergrenze für Manager- und Vorstandsgehälter (Nicht mehr als das 20-fache des niedrigsten Gehalts)**
- ▶ **Zur Ausschreibung öffentlicher Aufträge dürfen nur Unternehmen zugelassen werden, die unter Tarifverträge fallen und einen Mindestlohn von 12 Euro einhalten**
- ▶ **Das Recht auf mindestens 22 Stunden die Woche und eine wöchentliche Höchst-arbeitszeit von 40 Stunden in allen EU-Ländern**
- ▶ **Mehr Personal statt Überstunden**
- ▶ **Mehr Mitbestimmung in den Betrieben aller EU-Mitgliedstaaten, europäische Betriebsräte stärken**
- ▶ **Eine Weiterentwicklung des europäischen Streikrechts, auch in transnationalen Unternehmen**

DIE LINKE. streitet in Deutschland und Europa für höhere Löhne und gute Arbeit, für Arbeitszeitverkürzung und mehr Zeit zum Leben!



Julia Suermond
Ratsfrau, DIE LINKE. Krefeld

++ LINKE +++ NEWSTICKER +

ERKLÄRUNG SOZIALBÜNDNIS KREFELD

ZUM ENTZUG VON GEMEINNÜTZIGKEIT

VERSCHIEDENER ORGANISATIONEN

Das Sozialbündnis Krefeld protestiert gegen aktuelle politische und juristische Bestrebungen, zivilgesellschaftlichen Akteuren wie Attac, DHU (Deutsche Umwelthilfe) oder der VVN-BdA in NRW (Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten), die Gemeinnützigkeit zu entziehen.

Während Lobbyorganisationen der Industrie und des Militärs bzw. deren - zum Teil milliardenschweren - Stiftungen sowie auch parteinahe Stiftungen selbstverständlich als gemeinnützig anerkannt bleiben sollen, geraten regierungskritische Verbände zunehmend unter Druck.

Beim Kampf David gegen Goliath soll David auch finanziell geschrumpft werden.

Diese Politik sowie das Urteil des Bundesfinanzhofs (BFH) gegen Attac, das die positive Entscheidung des Hessischen Finanzgerichts vom 10.11.2016 aufhob, bedrohen potentiell alle kritischen Organisationen.

Die Abgabenordnung, in welcher die Gemeinnützigkeit geregelt ist, muss geändert werden.



Sozialbündnis Krefeld
[www.sozialbuendnis-krefeld.de]

DER SCHWARZE PETER

Das Jobcenter, die Stasi von heute. Hier wird spioniert, denunziert und hintergangen. Es wird ohne Ende aufgefordert. Einkommen, Kontostände und Beziehungen. Alles muss offengelegt werden. Das Jobcenter stellt die Erwerbslosen unter Generalverdacht. Betrüger, Arbeitsscheuer oder Idiot sind bekannte Vorurteile. Es ist schwer, die Vorurteile und die Behörde zu vergessen. Täglich könnte ein neuer Brief vom Jobcenter im Briefkasten auftauchen.

Nun hat das Jobcenter sich etwas neues Einfallen lassen. Eine neue Möglichkeit, damit man sich jeden Tag an seine Zugehörigkeit erinnert. Eine Kundenkarte. Im ALZ am Westwall ist die Karte bereits aufgetaucht. Der Name des Erwerbslo-

sen und seine Kundennummer sind darauf zu lesen.

Wohin mit so einer Karte? Ins Portemonnaie? Dort ist sie jeden Tag sichtbar. In den Müll? Man stelle sich vor, die Karte gerät so in die falschen Hände. Dann ist man als Erwerbsloser geoutet. Wo ist da der Datenschutz?

Jeder Verkäufer muss heute eine Kundenkarte ausgeben und mit Kundendaten handeln. Das ist ökonomischer Druck. Da bleibt eine Frage. Kann ich Payback-Punkte auf der Karte sammeln? Ich warte auf die Abrechnung.




Erem Elo
Parteimitglied DIE LINKE.

++ LINKE +++ NEWSTICKER +++ LINKE +++

DIE LINKE VORNE BEIM UMWELTSCHUTZ

DIE LINKE vorne beim Umweltschutz Die BUNDjugend Münster hat mit der BUNDjugend NRW und der Jugend des NAJU NRW Forderungen zur Europawahl aufgestellt und diese zur Beantwortung den Parteien vorgelegt.

Die Grafik zeigt: 100% Übereinstimmung gibt es mit der LINKEN.

 **Julia Suermond**
Ratsfrau DIE LINKE. Krefeld

PARTEIENCHECK ZUR EU-WAHL 2019

Forderung	LINKE	Grüne	SPD	CDU	FDP
Absolute Emissionsbegrenzungen statt Emissionshandel	●	●	●	●	●
Vollständiger Kohleausstieg bis 2030	●	●	●	●	●
Auflösung des EURATOM-Vertrags und den vollständigen Atomausstieg	●	●	●	●	●
Verbot von Glyphosat und anderen gefährlichen Pestiziden	●	●	●	●	●
Verbot von Massentierhaltung	●	●	●	●	●
Konsequenter Gewässerschutz	●	●	●	●	●
Verbot von Anbau und Import von GVO und von Patenten auf Tiere und Pflanzen	●	●	●	●	●
Wegwerfstopp für Supermärkte	●	●	●	●	●
Verbindliches Lobbyregister	●	●	●	●	●
Ende aller Verhandlungen von Investitionsschutzabkommen wie TTIP und Co.	●	●	●	●	●
Kostenloser öffentlicher Nahverkehr	●	●	●	●	●
Kerosinsteuer und Subventionsstopp für den Flugverkehr	●	●	●	●	●
Höchstgeschwindigkeit von 120 km/h auf Autobahnen	●	●	●	●	●
Abschiebestopp, Unterstützung der zivilen Seenotrettung und Abschaffung von FRONTEX	●	●	●	●	●
Verbot aller Rüstungsexporte	●	●	●	●	●

● Zustimmung ● teilweise Zustimmung/unklare Antwort ● Ablehnung
Erstellt von BUNDjugend (Jugendgruppe Münster) in Kooperation mit BUNDjugend (NRW) und NAJU (Naturschutzjugend NRW)

AM 26. MAI IST
#EUROPAWAHL!



DROGENKONSUM-

RAUM

RETTET
LEBEN

KREFELDER CARITAS HÄLT DAS FÜR LUXUS

Ein Drogenkonsumraum sei nicht die geeignete Lösung für „das Problem auf dem Theaterplatz“. So jüngst die Erklärung der Krefelder Caritas gegenüber der Presse. Die jährlichen Betriebskosten dafür lägen bei 600 bis 700 Tausend Euro, und dies stünde in keinem Verhältnis zu den etwa 1000 Menschen, die spritzen oder inhalieren. Zudem gäbe es da noch die 20.000 alkoholgefährdeten oder alkoholkranken Krefelder*innen, für die kaum etwas ausgegeben würde. Damit sei eine solche Einrichtung ein „kann man haben“ aber kein „muss man haben“.

„Drogenkonsumierende Menschen befinden sich oft in direktem oder indirektem Kontakt mit dem Tod.“

Die Münchener Caritas vertritt eine gänzlich andere Meinung als die Caritas in Krefeld. Vor dem Hintergrund von 1100 Drogentoten in den letzten 20 Jahren in München ist sie zu dem Schluss gekommen, dass Drogenkonsumräume eine unverzichtbare Maßnahme sind, um Leben zu retten. „Aufgrund der repressiven bayerischen Drogenpolitik, insbesondere mangelnder Konsumräume, findet der Konsum von Suchtstoffen isoliert und versteckt statt. Lebensbedrohliche Notfälle werden dadurch oftmals zu spät entdeckt und können nicht zeitnah medizinisch versorgt werden“, bemängelt Margot Wagenhäuser, Leiterin des Caritas Therapieverbunds Sucht München (TVS). So sagt auch der Caritas-Direktor Georg Falterbaum: „Jeder Drogentote ist einer zu viel. (...) Durch die direkte medizinische Betreuung und Beaufsichtigung beim Kon-

sum illegaler harter Drogen könnten tödliche Überdosierungen vermindert werden.“ Was für München gilt, gilt auch für Krefeld: Jeder Drogentote ist einer zuviel und das sollte auch die Devise sein für den Umgang mit den Suchterkrankten.

Immer cleanes Spritzbesteck!

Rege Beteiligung von Menschen aus Krefelder Politik und Sozialverbänden konnte man feststellen, als auf unserer Veranstaltung am 13. März dieses Jahres mit Expertinnen und Experten über einen Drogenkonsumraum für Krefeld diskutiert wurde. Mit dabei war auch Dr. Wolfgang Schneider als Referent, der seit 18 Jahren mit dem Institut zur Förderung qualitativer Drogenforschung, akzeptierender Drogenarbeit und rationaler Drogenpolitik (INDRO e.V.) einen Drogenkonsumraum in Münster betreibt. Das wichtigste Ergebnis dieser Arbeit ist ein eklatanter Rückgang der Drogentoten und Drogennotfälle in Münster.

Zu dem Statement der Caritas meint er: „Es ist nicht zielführend, die Kosten für Hilfeleistungen bei Abhängigen von illegalisierten Drogen mit Abhängigen von legalisierten Drogen zu vergleichen. Beides ist wichtig und notwendig. Gerade aber durch die Illegalität werden erst die verelendeten Konsumbedingungen und desaströsen Lebensbedingungen von Heroin- und Kokainabhängigen geschaffen (insbesondere die Infizierung mit Hepatitis C und AIDS). Drogenkonsumräume ermöglichen Schadensbegrenzung, Überlebenshilfe und dienen als Schutz- und Ruheraum abseits der Szenezusammenhänge. Sie senken die

Mortalitätsraten durch Erhöhung der Rettungswahrscheinlichkeit bei Drogennotfällen wie die Erfahrungen der Drogenkonsumräume in NRW eindeutig zeigen“.

Was die Krefelder Caritas angeht, so lässt sich nur mutmaßen, dass die „Experten im Hansa-Haus“ (WZ) ihre Felle davon schwimmen sehen. Mit einem Drogenkonsumraum hätte sie nicht mehr die alleinige Hoheit über die Suchtberatung in Krefeld. Fachlich lässt sich ihre Argumentation nicht halten. Man kann nicht das unendliche Leid der Heroin- und Kokainabhängigen gegen das Leid der Alkoholkranken aufwiegen.

Hilfe zum sauberen Konsum, besser noch: zum Ausstieg!

Wir müssen endlich hin zu einer Suchthilfe, die nicht fast ausschließlich Wert auf die Meinung und Arbeit der sogenannten „Suchtexperten“ legt, sondern vor allem Experienced-Involvement-Genesungsbegleiter*innen einsetzt, die die Sucht aus der Innenperspektive kennen. Das ist ein schon seit langer Zeit fälliger Paradigmenwechsel, der von sehr vielen Suchtberatungsstellen auch schon in die Tat umgesetzt wird. Aus logischer, ethischer und humanistischer Sicht ist dies der einzige Weg weg von einer stigmatisierenden Sozialarbeit. Die Menschen mit Suchterkrankung brauchen unser Verständnis und unsere unvoreingenommene Hilfe. Hier und jetzt!



Elias Weinmann
Kreissprecher, DIE LINKE. Krefeld

**MISTLOCH
DER GNAD**



**Düsseldorf hat es vorge-
macht: Die Stadt hat gegen
die Sparkasse geklagt und
durchgesetzt, dass sie ab-
hängig vom jährlichen Ge-
winn eine Ausschüttung
bekommt. Das bringt Düs-
seldorf alljährlich einige
Millionen Euro ein.**

Auch die Stadt Krefeld und der Kreis Viersen könnten die Kasse erheblich aufbessern, wenn sie am Gewinn der Sparkasse Krefeld beteiligt würden. Darüber befindet der Sparkassenzweckverband Krefeld-Viersen. DIE LINKE. hat daher dort einen Antrag gestellt, dass Krefeld und Viersen eine Gewinnausschüttung durch die Sparkasse bekommen.

Doch die Sparkasse sei unendlich belastet durch die „harten Anforderungen und strengen Regeln der Bankenaufsicht“ und durch Nullzinsen heißt es in der Antwort durch den Landrat, der in der Verwaltungsvorlage umfangreich die Sparkasse zitiert. Eine funktionierende Sparkasse sei im besonderen Maß auf stabiles Eigenkapital angewiesen, um wirtschaften zu können, da könne man nun wirklich nicht noch Ausschüttungen an den Kreis Viersen und die Stadt

Krefeld leisten. „Auch die zusätzliche Verpflichtung innerhalb der Sparkassenfinanzgruppe binden die kostbare Ressource Eigenkapital und erfordern einen sorgfältigen Umgang mit dem erzielten Gewinn.“

Ein solch weinerliches Getue steht in einem eigenartigen Widerspruch zu den Erfolgsmeldungen der Sparkasse in den Zeitungen

So teilte die Vorstandsvorsitzende Frau Dr. Birgit Roos dieses Frühjahr mit, dass die Sparkasse Krefeld mit ihrem Jahresüberschuss von 7,4 Millionen Euro „für die Herausforderungen der Zukunft gut gerüstet“ sei und: „Trotz der belastenden Rahmenbedingungen erzielten wir ein solides wirtschaftliches Ergebnis“. Doch das Geld soll vor allem für die Rücklagen sein, man wolle das Eigenkapital stärken.

Dass die Sparkasse als großzügiger Geldgeber für Kultur und Sport gilt, hat mit ihren Aktivitäten als Stiftung und Sponsor zu tun. Und so verweist man auch in der Verwaltungsvorlage darauf, dass diese Stiftungsgelder und das Sponsoring einer Ausschüttung gegenüber „allen Beteiligten eine ungleich nachhaltigere Perspektive“ böte.

„Wohltätigkeit ist das Ersäufen des Rechts im Mistloch der Gnade.“

Johann Heinrich Pestalozzi

Doch es ist viel undemokratischer, wenn zum Beispiel so eine Kultureinrichtung wie ein kleines Theater auf die Gnade der Sparkasse angewiesen ist, ob das nächste Projekt gefördert wird oder nicht. Womöglich ist dies dann sogar noch abhängig von ideologischen Inhalten, die ein Kulturprojekt naturgemäß ja oft mit sich bringt. Kultur muss unkäuflich bleiben und unabhängig arbeiten können. Dazu bedarf es des Schutzes und einer verlässlichen Finanzierung durch die öffentlich Hand.

DIE LINKE. sagt ganz klar : Den Trägern (also Viersen und Krefeld) steht selbstverständlich zu, „selbstbestimmt und öffentlich darüber zu diskutieren und zu beschließen, was mit der auf sie zufallenden Ausschüttungssumme für die Allgemeinheit passieren soll“.

Durch auch nur eine Million jährlich mehr in der Sparkasse würde der öffentliche Handlungsspielraum für mehr Kultur, mehr Breitensport und mehr Soziales erheblich vergrößert werden. Wir wollen keine Wohltätigkeit der Sparkasse, sondern eine verbindliche Beteiligung an ihrem Gewinn!

 **Julia Suermond**
Ratsfrau für DIE LINKE. Krefeld

**KEIN
GELD
VON
DER
SPAR-
KASSE**

OHNE GUTES KLIMA FRIDAYS IST SCHULE NICHTS WERT!

SOLIDARITÄT MIT „FRIDAYS FOR FUTURE“

Wenn Schüler*innen weltweit gemeinsam auf den Klimawandel aufmerksam machen und eine Wende in der Klimapolitik fordern, weil die Politik die Zerstörung unserer Lebensgrundlagen aus wirtschaftlichen Gründen für unverzichtbar hält, so solidarisieren wir uns als DIE LINKE.Krefeld mit den Schüler*innen und fordern ihnen den Rücken zu stärken.

Das Schulgesetz NRW sieht als Bildungs- und Erziehungsauftrag der Schule vor, die Schüler zur Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen zu erziehen. Tun die Schüler dies dann bei den Demonstrationen an Freitagen, werfen Politiker ihnen vor sie würden leichtfertig den Unterricht schwächen und fordern harte Strafen, falls nicht an Wochenenden demonstriert wird (Ministerpräsident Armin Laschet, Bildungsministerin Yvonne Gebauer). Gegen diese Diskreditierung der Schüler spricht sich DIE

LINKE. Krefeld mit Nachdruck aus, nimmt sie doch die Schüler*innen als echte Demokraten nicht ernst.

Die Schulen stellen Schüler*innen für Sportveranstaltungen, Familienfeiern und viele andere Veranstaltungen frei, aber wenn es um die existenzielle Zukunft der Schüler*innen geht, bleibt die Politik hart.

Als DIE LINKE.Krefeld unterstützen wir die protestierenden Schüler*innen, denn die jungen Menschen prangern hier mit Vehemenz folgerichtig das Versagen der älteren politischen und wirtschaftlichen Entscheidungsträger an, denn die katastrophalen Folgen müssen die Schüler*innen in Zukunft tragen.

Klimaschutz ist nicht nur was für Profis, wie ökonomisch orientierte Politiker a la Christian Lindner hochnäsiger und besserwisserisch den Schülern vorwerfen. Diese Politiker haben kein Auge für die desaströsen Folgen unserer Wirtschaftsweise und sehen demnach auch nicht, was langfristig

sinnvoll und ökonomisch geboten ist - ein Versagen auf ganzer Linie, werden doch wissenschaftliche Erkenntnisse zugunsten wirtschaftlicher Interessen geopfert.

Weil die Schüler*innen einem massiven Versagen gegenüberstehen, nehmen sie nun ihre Zukunft selbst in die Hand. Deshalb müssen sie das Recht haben für ihre Zukunft zu kämpfen, ohne Angst vor Repressionen.

Ohne gutes Klima ist Schule nichts wert!

Den Schüler*innen rufen wir deshalb zu: Hört nicht auf - wir stehen an Eurer Seite!



Frederik Groborsch

Schulpolitischer Sprecher
für DIE LINKE.Krefeld

Lehrer



S FOR FUTURE

VON SPÖTTISCHEN POLITIKERN UND PROFIS

Seit Monaten demonstrieren in vielen Großstädten SchülerInnen und Studierende für den Umwelt- und Klimaschutz. Inzwischen hat die sogenannte Fridays for Future - Bewegung auch in Krefeld Fuß gefasst. Rund 1400 TeilnehmerInnen nahmen am internationalen Klimastreik in Krefeld teil und marschierten flammend mit den Worten „Wir sind hier, wir sind laut, weil ihr uns die Zukunft klaut!“ durch die Innenstadt. Zu den DemonstrantInnen gehörten jedoch nicht nur Jüngere, auch viele Erwachsene nahmen die Sorgen der jüngeren Generation ernst und schlossen sich dem Protestmarsch an. Leider trifft dies noch lange nicht auf alle Erwachsene zu. Viel zu oft begegnen mir Erwachsene, sei es der besserwisserische Lehrer oder der spöttische Politiker, mit Vorurteilen und von oben herab. Viel zu oft muss sich die Jugend anhören, sie sei eine verhätschelte Generation, der es an gesellschaftlicher Verantwortung fehle und der alles gleichgültig sei. Das Bild des auf dem Handy starrenden Jugendlichen scheint zwar nach der „Fridays for Future - Welle“ nicht mehr so stark ausgeprägt zu sein, die Haltung

von Politikern, zum Beispiel, hat sich aber nicht geändert. Wer sich selbst überzeugen möchte, braucht nur einen Blick auf die bodenlosen Tweets zu werfen. Während Herr Lindner versucht, jungen Menschen weiszumachen, Klimaschutz sei etwas für „Profis“, spricht Frau von Storch von „in Massenpsychose [versetzten] Kids“. Die Tweets zeigen, dass diesen Politikern und Politikerinnen jegliches Umweltbewusstsein und jegliche Empathie fehlen. Verwunderlich ist es nicht. Schließlich werden die meisten, in Anbetracht ihres Alters, die akuten Folgen des Klimawandels sowieso nicht zu spüren bekommen. Als VolksvertreterInnen haben sie trotzdem die Aufgabe, die berechtigten Sorgen der „Zukunft von morgen“ ernst zu nehmen und folglich zu handeln. Denn wenn Profis wie Christian Lindner und von der Massenpsychose befreite PolitikerInnen wie Beatrix von Storch dies tun würden, wäre das „Schulschwänzen“ gar nicht nötig.




Amir Sallachi (15)
Parteilindeglied DIE LINKE.
Schüler

Uerdingen ist fast eine kleine Stadt. Ein Stadtkern, ein Stadtpark, das Hohenbudberger Industriegebiet und ein Sportzentrum, in dem sich erstaunlich viele Düsseldorfer Poserkarren blicken lassen. Zwischen diesem Sportzentrum und der Autobahn liegt die Max-Planck-Siedlung.

Hier wohnt man vor allem wegen der günstigen Miete. Ich habe mit den AnwohnerInnen in den letzten Wochen mehrfach gesprochen. Ihre Ansichten zur Wohnsituation fallen auf den ersten Blick optimistisch aus. In jedem Gespräch kommen jedoch immer wieder die Probleme eines typischen Ghettos zu Tage, so wie in der letzten Roten Krähe beschrieben. Viele Menschen schätzen die Abgeschiedenheit der Siedlung. Auch ein junger Mann mit grauer Basecap und Bauchtasche, der hier seine erste eigene Wohnung bezogen hat, erwähnt die Ruhe hier. Angesprochen auf den langen Weg zur Krefelder Innenstadt nickt er zustimmend, zuckt dann aber nur mit den Schultern. **Die nächste Bushaltestelle ist circa zehn Minuten von der Autobahnbrücke entfernt.** Menschen, die in ihrer Mobilität eingeschränkt sind oder mit kleinen Kindern unterwegs sind, sollten noch etwas mehr Zeit einplanen. Weil der Bus so weit entfernt ist, werden viele Autos gebraucht. Eine Anwohnerin, die vom Einkaufen gekommen ist, steht mitten in einer Parklücke für drei Autos. Darauf angesprochen, beschwert sie sich über das Parkverhalten der anderen Anwohner. Im Gespräch stellen wir fest, dass es trotz einer Vielzahl von Parkplätzen noch immer nicht genug Platz für alle Autos da ist. Die Anwohnerin parkt dann um und macht Platz für andere. Die Siedlung sollte nicht nur besser an den öffentlichen Verkehr angebunden sein, sondern auch ein Car-Sharing-Angebot sollte bei circa 600 AnwohnerInnen möglich sein.

Die Mitte der Siedlung bildet ein kleiner Spielplatz. Auf einem winzigen Aufkleber an der roten, wackeligen Rutsche steht, dass von der Benutzung der Rutsche abgeraten wird. Der Spielplatz ist Angelegenheit der Wohnungsgesellschaft. Eine Frau mit kurzem gräulichem Haar berichtet mir, dass sie sich schon oft über die Wohnungsgesellschaft geärgert hat. Wozu es führt, wenn profitfixierte Wohnungsgesellschaften die MieterInnen im Stich lassen, zeigt der Volksentscheid in Berlin zur Enteignung der 30 größten Wohnungsgesellschaften. Bei geringen Mieteinnahmen wird nach der Logik des Kapitalismus wenig Mühe investiert. Mühe sollte man sich in und um die Siedlung mit barrierefreien Gehwegen machen, sagt mir ein Vater, der einen kleinen blauen Kinderwagen mit kleinen Reifen schiebt.

 **Fleur Silvergoth**
Parteimitglied DIE LINKE.

WER HAT'S GEMACHT?

Schreibfraktion: Erem Elo, Elias Weinmann, Frederik Groborsch, Amir Sallachi, Fleur Silvergoth und Julia Suermond

Layout und Grafik: herrje

Redaktion: Julia Suermond

Impressum: DIE LINKE. Ratsfraktion Krefeld
Von der Leyenplatz 1,
47798 Krefeld,
Tel. 02151-862012

DIE LINKE. Krefeld, Kreisverband,
Alte Linnerstr. 85, 47799 Krefeld,
Tel. 02151-4461625

dielinke-krefeld.de
dielinke-fraktion-krefeld.de

Artikel des Kreisverbandes DIE LINKE. 

Artikel der Ratsfraktion DIE LINKE. 

Gastartikel 

DIE LINKE.